

# PLENUM AKTUELL

04. – 06. Oktober 2011

Themen und Positionen

**SPD**-Landtagsfraktion



## Straßenbauverwaltungen vor dem AUS ?

### CDU/FDP:

Nachdem die CDU/FDP-geführte Landesregierung vergeblich versucht hat, die Straßenmeistereien zu privatisieren, bricht nun mit der beabsichtigten Umorganisation bei den Straßenbauverwaltungen (ASV) neue Unruhe aus.

Der in dieser Woche von der Landesregierung eingebrachte Gesetzentwurf sieht den Abbau von 300 Stellen bei den Straßenbauämtern und die Degradierung der heutigen selbstständigen Ämter zu kompetenzlosen Außenstellen vor.

Nach den Vorstellungen der Landesregierung verlieren die Ämter in Bad Arolsen, Kassel, Marburg, Eschwege, Fulda, Gelnhausen, Schotten, Dillenburg, Wiesbaden, Darmstadt und Bensheim zum 01. Januar 2012 ihre Eigenständigkeit und damit ihre Entscheidungskompetenzen.

Das ASV in Frankfurt wird nach den Plänen der Landesregierung ganz aufgelöst und die o. g. Standorte künftig als Filialen des Hessischen Landesamts für Straßen- und Verkehrswesen geführt. Entscheidungen werden somit künftig zentral von Wiesbaden aus getroffen.

Die heutigen Amtsleiter verbleiben größtenteils an ihren bisherigen Standorten, jedoch ohne Entscheidungsbefugnisse. Den Komplettservice, den das einzelne ASV bisher leistet, wird es künftig nicht mehr geben.

Diese Zentralisierung und Herabstufung der selbstständigen Ämter zu Filialen wird künftig eine Schließung bzw. Privatisierung der einzelnen Sparten erleichtern. Eine solche Entscheidung, so sieht es das Gesetz vor, kann allein vom Minister getroffen werden und bedarf keiner Parlamentsentscheidung durch den Hessischen Landtag.

### SPD:

Wir halten diese Umstrukturierungsvorschläge für völlig fehlgeschlagen und sehen den Entzug von Kompetenzen bei den heutigen Straßenbauverwaltungen als Vorstufe zur Auflösung.

Mit der Aussage, dass zunächst die Beschäftigten an den heutigen Standorten verbleiben, will man Ruhe schaffen. Doch das Ziel, mit dem Kompetenzentzug die Zerschlagung und damit Stellenabbau bzw. Teil-Privatisierung zu erreichen, ist offensichtlich.

Die Neuaufteilung von Standorten nach „Betrieb“, „Planung“, „Verkehr“ und „Bau“ wird ein Chaos auslösen. Bürgermeister müssen sich an mehrere Straßenbauverwaltungen wenden, um über ein Projekt informiert zu werden, da z.B. „Planung“ und „Bau“ oder „Verkehr“ für ein und dasselbe Bauvorhaben in unterschiedlichen Ämtern verwaltet werden.

Die Abstimmungswege für Kommunen und andere Beteiligte werden damit kompliziert und unübersichtlich. Ein enorm erhöhter Abstimmungsbedarf wird zu Mehrkosten und nicht Kosteneinsparungen führen.

Fünf so genannte Regionalbeauftragte für ganz Hessen sollen künftig mit den Kommunen kommunizieren, haben jedoch keinerlei Entscheidungsbefugnisse – sie sind also allenfalls „Frühstücksdirektoren“.

Die SPD hält es für unverantwortlich, Kompetenzen aus der Fläche abzuziehen und dem Zentralisierungswahn preiszugeben. Wir treten für Dezentralisierung und Kompetenzen in der Fläche ein – Ämter müssen dort gestärkt werden, wo die Arbeit anfällt und dürfen nicht einem bürgerfernen Zentralismus zum Opfer fallen.

Die SPD wird die Anhörung zu dem Gesetz abwarten und in enger Abstimmung mit Beschäftigten und Kommunen das weitere Vorgehen beraten.

## Zentralisierung der Schulämter

Eine neue Runde wurde auch bei der beabsichtigten Auflösung der Schulämter eingeläutet: Zunächst hatte das Kultusministerium versucht, 9 von 15 Schulämtern zu schließen. Nachdem dieser Plan an erneuten Zwickigkeiten zwischen den Regierungsfractionen von CDU und FDP gescheitert ist, beabsichtigt die Landesregierung jetzt, bei den Schulämtern scheinbar den gleichen Weg wie bei den Straßenbauverwaltungen einzuschlagen.

Die Beschneidung von Kompetenzen in der Fläche und die Zentralisierung von Aufgaben und Zuständigkeiten in einem Landesamt in Wiesbaden wird mittelfristig die Zerschlagung der Schulämter zur Folge haben. Degradiert zu nichtssagenden Außenstellen werden sich diese zahnlosen Tiger auf Dauer nicht behaupten können.

Die SPD kritisiert die Schwächung der Schulämter in der Fläche, da Entscheidungskompetenz vor Ort gefragt ist und Ortskenntnisse zu richtigen und pragmatischen Entscheidungen führen. Die regionalen Besonderheiten zu beachten und ein Miteinander der regionalen Schulen im Blick zu haben, ist nur mit einer dezentralen, handlungs- und entscheidungsbefugten Schulverwaltung möglich.

Auch mit Blick auf die gewünschte neue Selbständigkeit und Eigenverantwortlichkeit von Schulen, fordern wir eine standortnahe Unterstützung für Schulen und Schulträger.

Der Ansatz, die Aufgaben der Schulaufsicht im fernen, von Kultusbürokratie überladenen Landesschulamt erfüllen zu wollen, ist zum Scheitern verurteilt. Fehlentscheidungen vom „grünen Tisch“ sind vorprogrammiert, und die Folgen langer Entscheidungswege werden einmal mehr die Kinder und Lehrer/innen zu tragen haben.

## Erneutes Sonderopfer für Beamte

### CDU / FDP:

Die hessische Landesregierung hat sich einmal mehr vom alten Grundsatz „Beamtenrecht folgt Tarifrecht“ verabschiedet. Die zwischen den Tarifparteien im öffentlichen Bereich verhandelte Tarifierhöhung wird nicht 1:1 auf die Beamten übertragen.

Zum einen sollen die hessischen Beamten die Besoldungserhöhungen mit einer zeitlichen Verzögerung von über einem halben Jahr erhalten, und zum anderen sollten sie auf die Einmalzahlung von 360 € verzichten. Auf Druck der Gewerkschaften und der Opposition hat die Landesregierung die Einmalzahlung nun für die unteren Beamtenbesoldungsstufen nachträglich gebilligt.

Der heutige Ministerpräsident Bouffier hatte 2003 im Hessischen Landtag ausgeführt, dass den Beamten/innen neben der Streichung des Urlaubsgeldes, der Reduzierung des Weihnachtsgeldes und der Verlängerung der Wochenarbeitszeit keine weiteren Belastungen zugemutet werden könnten!

### SPD:

Wir kritisieren den erneuten Wortbruch gegenüber hessischen Beamtinnen und Beamten. Dieser Berufsgruppe steht die Besoldungserhöhung von 1,5% bzw. 2,6% genauso zu wie den hessischen Tarifbeschäftigten.

Eine erneute sechsmonatige Nullrunde im Jahr 2011 sowie eine siebenmonatige Nullrunde im Jahr 2012 ist nicht zu vertreten, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die hessischen Beamten die längste Wochenarbeitszeit (42 Stunden) in Deutschland haben.

Bereits seit 2009 haben CDU und FDP bei der Übernahme der Tarifergebnisse auf Beamtinnen und Beamte Unterschiede gemacht. Hier fordern wir dringend eine gemeinsame Tarif- und Besoldungspolitik.

Mit einem Entschließungsantrag fordert die SPD darüber hinaus das Land Hessen auf, sich als fürsorglicher Dienstherr zu verhalten und den Entwurf der Beihilfeverordnung, der für diesen Personenkreis erhebliche Mehrbelastungen vorsieht, in der vorgelegten Form zurückzuziehen.